

Detlef zum Winkel

Eine amerikanische Erfindung wird dem Iran zum Verhängnis

Vorab eine methodische Bemerkung: Das Thema des 14. Friedens- und Sicherheitspolitischen Symposiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg ist ein analytisches. Wir diskutieren nicht darüber, welche Außenpolitik gegenüber der Islamischen Republik Iran die richtige wäre und nicht über mögliche Lösungen des Nahostkonflikts. Wir fragen heute nur nach dem Charakter des iranischen Nuklearprogramms. Und doch scheint jede Analyse des Gegenstands mit festgelegten politischen Optionen verknüpft zu sein. Die folgenden Überlegungen trennen zwischen der analytischen Arbeit und der Diskussion politischer Schlussfolgerungen. Alle denkbaren Handlungsoptionen werden erst einmal offen gehalten. Unweit unserer Tagungsstätte liegt das Haus, in dem wahrscheinlich Wilhelm von Humboldt geboren wurde. Seine Postulate über die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre geben uns Raum für eine Wahrheitsfindung, in der wir uns nicht gleich gegenseitig als proamerikanische Bellizisten oder als nützliche Idioten des Islamismus wahrnehmen müssen.

Beginnen wir mit den Ursprüngen des iranischen Nuklearprogramms. Dazu müssen wir etwa vier Jahrzehnte zurückgehen, in die letzten vier bis fünf Jahre des Schahregimes. Schah Muhammad Reza Pahlawi verfolgte ein ökonomisches Entwicklungsmodell, das sich an westlichen Maßstäben orientierte und das ihm von westlichen Experten empfohlen wurde. So waren es US-amerikanische Berater, die ihm als erste vortrugen, Atomkraftwerke im Iran zu errichten und zu diesem Zweck mit Unternehmen aus den USA zusammenzuarbeiten. Doch es kam anders. Der Schah entschied sich sehr wohl für ein Nuklearprogramm – dabei aber für die Kooperation mit europäischen Partnern, insbesondere mit der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. 1974 schloss Teheran einen Vertrag mit Siemens/KWU (Kraftwerk Union AG) ab, der zunächst den Bau zweier Atomreaktoren in Buschehr vorsah und später auf alle möglichen nukleartechnischen Anlagen und Ausrüstungen erweitert werden sollte. Bis zum Sturz des Schah 1979 arbeiteten 5000 deutsche Fachleute auf der Großbaustelle Buschehr am Persischen Golf. Nicht weniger also als fünftausend! Das veranschaulicht die Größenordnung und die Ambitionen der damaligen Kooperation. Zu jener Zeit – Mitte der 70er Jahre – gelang der westdeutschen Nuklearindustrie, stets unter Federführung von Siemens, eine Reihe solcher Coups, bei denen es jeweils um Milliarden ging.

1975 beispielsweise gab es einen „acordo nuclear“ mit Brasilien. Darin wurden zehn Atomkraftwerke projektiert. Auch Indien, Argentinien und weitere Länder schlossen solche Verträge mit der Bundesrepublik ab. Besonders abstoßend war die nukleare Kooperation westdeutscher Firmen mit dem südafrikanischen Apartheidregime. Hierbei scheiterte ein Antrag der Essener STEAG GmbH, ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der Urananreicherung zu schließen, 1973 am Widerstand des damaligen Entwicklungshilfeministers Eppler im Bundeskabinett. Später erklärte Eppler, zwei Staatssekretäre hätten dessen ungeachtet die Zusammenarbeit mit Südafrika fortgesetzt und das Kabinett getäuscht.¹

Damals war die deutsche Industrie ein Newcomer auf dem Gebiet des Nuklearexports, und ihre eigenen Erfahrungen beim Kraftwerksbau sammelte sie gerade hinter den Bauzäunen von Brokdorf, Grohnde und Biblis, die viele aus meiner Generation auf der anderen Seite der „Barrikade“ kennengelernt haben. Wie kam es also dazu, dass sie solche bedeutenden Ge-

¹ Siehe Atombombe mit deutscher Hilfe? In: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 44, 29. Oktober 1979, S. 16.

schäfte abschließen und die amerikanische, französische und britische Konkurrenz aus dem Feld schlagen konnte? Hatten deutsche Reaktoren einen besseren Ruf als US-amerikanische? Verstand sich die damalige sozialliberale Bundesregierung besser mit berüchtigten Diktatoren aller Kontinente als das Weiße Haus?

Der Grund lag schlicht und einfach darin, dass die USA beim Export militärisch relevanter Nukleartechnologien – Anreicherung, Wiederaufarbeitung, Plutoniumverarbeitung – restriktiver verfahren als die Westdeutschen, die ihren Partnern versprochen, ihnen beim Aufbau eines so genannten vollständigen Brennstoffkreislaufs behilflich zu sein. „Von uns könnt ihr alles bekommen“, signalisierten die Deutschen ihren Kunden, es genüge ein Bekenntnis zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Präambel des Rahmenvertrags. Das weckte die Begehrlichkeiten der Kunden: Sie unterschrieben die friedliche Verwendung, was sie nichts kostete, und planten eine umfassende nukleare Aufrüstung mit allen Optionen, die sich später einmal daraus ergeben würden. Eine solche Aufrüstung ist teuer – und eigentlich auch überflüssig für den Betrieb von Atomkraftwerken zur Stromerzeugung. Aber sie verhieß den Ländern eine Zukunft als Großmächte, und dazu gehörte aus ihrer Sicht – aus der Sicht Südafrikas, Indiens, Brasiliens, Argentiniens und des Iran – insbesondere die Fähigkeit, Atombomben zu bauen. Der Schah wollte die Atombombe. So bezeugte es Abolfath Mahvi, ein in Wien und Genf operierender früherer Vertrauter des Schah, der den Vertrag mit Siemens aushandelte und die üppigen Provisionen aus den schwarzen Kassen des Elektrokonzerns in Empfang nahm, um sie – an wen auch immer – weiterzuleiten.² Die iranische Exilopposition und ihre Unterstützer in der außerparlamentarischen Linken der Bundesrepublik waren schon drei Jahrzehnte vorher davon überzeugt gewesen, dass es bei den Geschäften mit Heinrich von Pierer, früherer Siemens-Vorstand, um die Bombe ging und alles andere nur Nebensache war.

Als erstes Indiz ist somit festzuhalten: Am Ursprung des iranischen Nuklearprogramms stand die Absicht des Schahregimes, über Atomwaffen zu verfügen. Als erster Partner auf dem Weg dorthin bot sich die Bundesrepublik Deutschland an. Man mag das zunächst für ein schwaches Indiz halten. Inzwischen regiert ein gänzlich anderes Regime in Teheran, das ein islamisches Modell propagiert und andere Ziele verfolgt. 1979 wurde der Schah gestürzt, und die 5000 Deutschen zogen sich geräuschlos aus Buschehr zurück. Die schon fertig gestellten Rohbauten wurden bald darauf im Krieg zwischen dem Iran und dem Irak (1980 bis 1988) von der irakischen Luftwaffe bombardiert und stark beschädigt. Mit dem neuen Regime wollte Siemens angeblich nicht mehr zusammenarbeiten. Die Fertigstellung von einem der beiden Reaktoren in Buschehr vereinbarte der Iran 1994 mit der russischen Firma Atomstroyexport. Unter den Fittichen des russischen Konsortiums war allerdings auch Siemens wieder mit von der Partie – als Anteilseigner Moskauer und St. Petersburger Unternehmen, die als Lizenznehmer deutscher Produkte agieren. So sind nach heutigem, von Siemens freilich nicht bestätigtem Erkenntnisstand maßgebliche Teile des Kraftwerks in Buschehr made in Germany. Die Turbine beispielsweise oder die elektronische Steuerung.

Parallel zur Wiederaufnahme der Arbeiten in Buschehr begann das iranische Regime mit dem Aufbau einer eigenen Urananreicherung in Natanz. Überspringen wir die verschiedenen Darstellungen, wie die Weltöffentlichkeit auf das zunächst geheime Unternehmen aufmerksam wurde, und kommen wir gleich auf den heutigen Stand der Erkenntnisse. Natanz erhielt seine ersten Uranzentrifugen durch das Netzwerk von Abdul Qadeer Khan, das sogenannte Khan-Netzwerk, einem nuklearen Schmugglerring mit Sitz in der Schweiz und Dependancen in

² Siehe Jürgen Dahlkamp, Dinah Deckstein, Jörg Schmitt, Die Firma. In: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 16, 14. April 2008, S. 76-90. „Mahvi zufolge war der Kern dieser Idee allerdings ein schmutziger. Der Schah habe gehofft, sich so technisches Know-how für den Bau einer Atombombe einkaufen zu können.“ (Ebenda, S. 86.).

Deutschland, Südafrika und Malaysia, der Pakistan zu seiner Atombombe verhalf.³ Diese Erkenntnisse brachte der US-amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA in Erfahrung, als er den Schweizer Schwarzhändlern auf die Spur kam. Freilich nicht, um sie vor Gericht zu stellen, sondern um sie als Informanten zu gewinnen. Dass all dies schließlich bekannt wurde, ist das Verdienst eines Schweizer Untersuchungsrichters, der trotz massiven Drucks der Regierung in Washington und seiner eigenen Bundesregierung darauf bestand, diese Sachverhalte anzuklagen.⁴

Als zweites Indiz ist festzuhalten: Die Aufnahme der besonders umstrittenen Urananreicherung geschah in einem klandestinen, militärischen Milieu. Sie geht zurück auf die Aktivitäten des zitierten Schwarzhändlernetzes, das ausschließlich zu dem Zweck gebildet wurde, Pakistan in den Besitz von Atomwaffen zu bringen, d.h. ausschließlich zum Zweck der Weitergabe militärischer Atomtechnik, was man mit dem Begriff Proliferation bezeichnet. Auch bei dieser Station des iranischen Nuklearprogramms ist zu beachten, dass das Khan-Netzwerk bevorzugt mit deutschen Hightech-Produkten handelte. Es kann daher nicht verwundern, dass wichtige Anlagenteile von Natanz deutschen Ursprungs sind, was übrigens auch von Inspektoren der Internationalen Atombehörde (IAEA) bestätigt wurde.

Verlassen wir nun die historischen Betrachtungen, um unser Augenmerk auf die technische Ausstattung des iranischen Nuklearparks zu richten. Warum ist eine Urananreicherungsanlage so umstritten, so verdächtig? Warum „schikaniert“ der Westen den Iran unablässig wegen dieser Technik? Den meisten Menschen ist wahrscheinlich nicht bewusst, dass auch Deutschland keine eigene Urananreicherung besitzt. Sie wurde der Bundesrepublik aus den gleichen Gründen verwehrt, die heute gegen den Iran vorgebracht werden. Denn der eine von den zwei Wegen zur Atombombe, der Weg zur Hiroshimabombe, führt nun einmal unvermeidlich über diese Technik. Umgekehrt gilt, dass derjenige, der diese Technik besitzt und beherrscht, eine wesentliche Hürde auf dem Weg zur Atombombe gemeistert hat. Das Misstrauen gegenüber den Deutschen war noch 25 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs so stark, dass man für ihre Beteiligung an der Anreicherung 1971 eine trinationale Lösung in Form der englisch-niederländisch-deutschen Gesellschaft URENCO (Uran-Anreicherungs-Unternehmen) fand. In dieser Beschränkung sah die deutsche Friedensbewegung damals übrigens keine Diskriminierung der Nation und keine Verletzung der deutschen Ehre. Vielmehr teilte sie das Misstrauen gegenüber den Regierenden in Bonn, schon beginnend mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß.

Ernste Besorgnis gilt in der Tat allen Ländern, die mit größter Entschlossenheit auf einer eigenen Anreicherung bestehen und dabei weder Kosten noch Konflikte scheuen. Diese Besorgnis ist keine Schikane gegenüber einem missliebigen Regime in Teheran, sondern sie ist wohlbegründet. Im Fall des Iran verschärft die Führung unter Mahmud Ahmadinedschad den Konflikt noch dadurch, dass sie nach Natanz eine weitere derartige Fabrik in Fordo nahe der Pilgerstadt Qom errichten ließ. Auch dieses Unternehmen wurde so lange wie möglich geheim gehalten und abgestritten. Die Anlage von Fordo wurde unterirdisch in massives Felsgestein geschlagen, um sie vor feindlichen Angriffen zu schützen. Wer so handelt, beschwört

³ Siehe Detlef zum Winkel, Condoleezza calling. In: konkret, Hamburg, H. 5/2012, S. 29-31. „Zwischen 1987 und 1989 lieferte Khan seine Gaszentrifugen an den Iran, wo sie heute in Natanz betrieben werden.“ (Ebenda, S. 30)

⁴ „US-Außenministerin Condoleezza Rice griff zum Telefon, Justizminister Alberto Gonzales bearbeitete seinen Schweizer Kollegen bei einem USA-Besuch, Verteidigungsminister Robert Gates schaltete sich ein ... wenn das Ganze vor Gericht aufgerollt werde, seien äußerst wichtige geheime Operationen der USA gefährdet.“ (Ebenda, S. 31)

freilich die befürchteten Angriffe geradezu herauf. Natanz soll Uran auf drei Prozent spaltbarer Anteile konzentrieren. In Fordo wird die Anreicherung auf 20 Prozent fortgesetzt. Von dort ist es nicht mehr weit bis zur Bombentauglichkeit des Materials. Das Verfahren legt den Gedanken nahe, dass es sich um ein militärisches Parallelprogramm nach brasilianischem Vorbild handelt. Dort betrieb das Militär in den 80er Jahren neben den zivilen Atomanlagen eigene Forschungen, für die aus dem zivilen Sektor bestes Personal und beste Ressourcen abgezogen wurden. Marine, Heer und Luftwaffe teilten sich die Erkundung der verschiedenen Wege auf, die zur atomaren Bewaffnung führen.

Technisch, betriebsorganisatorisch und ökonomisch ergibt es keinen Sinn, die Anreicherung auf 20 Prozent von der Anreicherung auf 3 Prozent zu trennen. Es muss also andere relevante Gründe für den doppelten Aufwand geben. Die offizielle Begründung dafür lautet, man brauche das so bezeichnete Uran mittlerer Anreicherung (MEU) für Zwecke der Nuklearmedizin. Bisher hat sich weltweit noch kein einziger Nuklearmediziner oder Radiologe zu Wort gemeldet, um dieses Argument zu unterstützen. Zwar gab es in der Krebsforschung tatsächlich Irrwege, auf denen man viele Jahre verbracht und viele Gelder verbraucht hat, weil man sich, etwas überspitzt gesagt, für den Betrieb von Nukleartechnik mehr interessiert hat als für die Pflege von Patienten. Auf die Idee freilich, dass man nicht nur einen eigenen Forschungsreaktor, sondern auch noch eine eigene Urananreicherung für radiologische Zwecke benötige, ist außer der Regierung der Islamischen Republik Iran noch niemand gekommen. Das ist ein weltweites Unikum. Und so ist es auch mit der Glaubwürdigkeit dieses Arguments bestellt.

Als drittes, schwerwiegendes Indiz für militärische Absichten des iranischen Nuklearprogramms ist daher der Umgang mit der Urananreicherung zu notieren. Erneut ist die Beteiligung deutscher Firmen erwähnenswert. Derartige Anlagen benötigen eine aufwändige elektronische Steuerung. In Natanz wird sie mit Hilfe von Siemensrechnern und Siemenssoftware vorgenommen, was durch den Computerschädling Stuxnet unfreiwillig ans Licht kam.⁵

Das vierte Indiz hat eher noch größeres Gewicht. Der Iran betreibt in Isfahan eine Schwerwasserfabrik. Das schwere Wasser benötigt das Land für einen speziellen Reaktor, der in Arak gebaut werden soll. Dieser Reaktortyp dient weltweit nur einem Zweck: Er produziert wie alle Atomreaktoren Plutonium, aber im Unterschied zu den Leichtwasserreaktoren besonders reines, waffentaugliches Plutonium, so dass man ein Plutoniumanreicherungsverfahren vermeiden kann. Für Zwecke der Energiegewinnung ist der Schwerwasserreaktor ebenso wenig geeignet wie der graphitmoderierte Reaktor (z.B. der beim ukrainischen Tschernobyl), der Schnelle Brüter (z.B. der beim französischen Malville) oder der Thorium-Hochtemperaturreaktor (z.B. der in Hamm-Uentrop). In dieser Hinsicht ist die Marktwirtschaft konsequent: Was sich nicht rentiert, wird ausrangiert. Am Schwerwassermodell hat also nur noch das Militär Interesse. Hier wird der zweite der beiden Wege zur Atombombe, der Weg zur Nagasakibombe, deutlich erkennbar. Um so alarmierender ist es, dass auch an dieser Station deutsche Hilfe im Spiel zu sein scheint. Im August 2012 stoppte der deutsche Zoll eine Lieferung von Ventilen an den Iran, weil offensichtlich war, dass die Spezialanfertigungen für den Schwerwasserreaktor von Arak in Frage kamen. Das Eingreifen des Zolls ist einer der ganz seltenen Fälle, wo man von deutscher Sanktion – statt Kooperation – sprechen kann.

⁵ „Die Tatsache, dass der Computerwurm auf Technik von Siemens zielte, sagt aus: Die weltweit eingesetzten Kontrollsysteme des Unternehmens wurden insbesondere in vielen iranischen Einrichtungen bemerkt, wie Offizielle und Experten erklärten, die sie besucht haben.“ (David E. Sanger, Iran Fights Malware Attacking Computers. In: The New York Times, New York, 25. September 2010. (Im Internet: <http://www.nytimes.com/2010/09/26/world/middleeast/26iran.html>).

Das bis hierhin Gesagte kann in einem Satz zusammengefasst werden. Ginge es dem Iran wirklich nur um zivile Zwecke, dann könnte er ohne Verlust – und stattdessen mit vielen Vorteilen – auf die Hälfte seines Atomprogramms verzichten.

Wie sieht es nun umgekehrt mit den zivilen Perspektiven dieses Programms aus? Verbal bekennt sich die Islamische Republik zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. Sie hat den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 unterzeichnet, wenn auch nicht das wichtige, vom 15. Mai 1997 datierende Zusatzprotokoll, und ist Mitglied der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO). Dass man schließlich mit dem Kernkraftwerk Buschehr Elektrizität erzeugen will, wird kaum jemand bestreiten. Natürlich ist die Frage zu stellen, weshalb ein reiches Ölförderland ausgerechnet auf Kernenergie setzt und warum es nicht lieber seine Raffinerien ausbaut, um Benzinimporte zu vermeiden. Doch der Iran präsentiert ein wirtschaftliches Argument, dem man nicht von vornherein Rationalität absprechen kann. Die Atomenergie soll ihm helfen, seinen Eigenverbrauch an Öl und Gas zu reduzieren. Um so mehr von diesen wertvollen Rohstoffen könne dann exportiert werden, um so besser falle die Handelsbilanz aus, und umso höher seien schließlich auch die staatlichen Einnahmen. Wie wir heute wissen, sind solche Planspiele nur unter der Voraussetzung plausibel, dass die Kosten für die Behandlung des Atommülls nicht in die Berechnungen eingehen. Aber es wäre nicht fair, der Teheraner Regierung diesen Fehler mehr vorzuwerfen als allen anderen Regierungen, die ja ausnahmslos die Kosten des Atommülls unterschätzen.

Auffällig ist allerdings, dass dieses Argument das einzige ist, das von iranischer Seite als Vorteil der Atomenergie vorgebracht wird. Typischerweise ist nämlich der Aufbruch eines Landes in die Kerntechnik von schwärmerischen Zukunftsaussichten begleitet, wie überhaupt das trockene Thema der Energieversorgung immer wieder romantische Begeisterung bei Politikern und Ökonomen auslöst. Die Protagonisten der Kernenergie behaupteten anfänglich, diese Energieform sei nicht nur sicher, sauber und billig, sie stehe auch unerschöpflich zur Verfügung, und an die Stelle der Mühseligkeit der Arbeit werde letzten Endes die Genialität der Technik treten. Sie bemühten die mythologische Figur des Vogels Phoenix, der aus seiner eigenen Asche wiedergeboren wird, und bezeichneten ihre Schnellen Brüter großspurig als „Superphoenix“. Noch vor zehn Jahren, als die gesellschaftliche Kontroverse um Atomkraftwerke in Europa und den USA längst entbrannt war, benutzten die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) den John Lennon Song „Imagine“ in ihren Werbefilmen – ein unmissverständliches Zeichen für den Utopismus, den die vermeintliche Beherrschung der Kernkraft ursprünglich ausgelöst hat.

Nichts von einem derartigen Enthusiasmus ist im Iran zu beobachten. Geradezu lieblos gestaltet sich innenpolitisch der Einstieg des Landes in die Kernenergie. Umgekehrt fehlt aber auch das Problembewusstsein, die Kritik an den Risiken dieser Technik, die Kenntnis der radioaktiven Gefahren, die Kontroverse um das Pro und Kontra der Atomkraft. Dabei gibt es genügend Anlässe im Iran, diese Diskussion mit vollem Engagement zu führen. Das Kraftwerk Buschehr nahm seinen Betrieb nur wenige Wochen nach dem Multi-GAU von Fukushima auf. Das böse Omen veranlasste Präsident Ahmadinedschad zu der lapidaren Feststellung, so etwas könne sich in seinem Land nicht ereignen, da der neue Reaktor stabiler gebaut sei als die japanischen Anlagen. Diese Aussage war eine verantwortungslose Lüge.

Der Iran gehört bekanntermaßen zu den Ländern mit häufigen Erdbeben. Die ganze Wahrheit ist noch dramatischer: Auf seismologischen Karten, die jedermann im Internet finden kann, ist gerade die Region Buschehr als roter Punkt dargestellt, d.h. als ein Ort maximaler Gefähr-

dung.⁶ Dort treffen drei verschiedene seismische Risikofaktoren zusammen. Denn entlang der iranischen Küste verläuft die Linie, wo die eurasische und die arabische Kontinentalplatte aneinander stoßen. Das ist ein klassisches Gefahrenpotenzial.

Wie konnte es vor 35 Jahren zur Auswahl eines derart ungeeigneten Standorts kommen? Diese heikle Frage meiden die neuen Machthaber von Teheran, da sie nuklearpolitisch in die Fußstapfen des Schahs getreten sind. Deshalb kommen auch die damaligen Siemensberater vorerst ungeschoren davon. Um so deutlicher muss man allen Iranern sagen: Das größte industrielle Prestigeobjekt ihres Landes wurde genau am falschen Platz errichtet. Es hätte nach den Erkenntnissen des 11. März 2011, des Tages der Katastrophe von Fukushima, nicht in Betrieb gehen dürfen. Ging es aber: Am 3. September 2011. Nicht jeder der 437 Atomreaktoren auf der Welt, von denen allerdings 47 japanische Reaktoren seit 2011 heruntergefahren sind, ist gleichermaßen gefährlich oder gleichermaßen gefährdet. Nachdem Fukushima die Empfindlichkeit dieser Anlagen gegenüber den Naturgewalten gezeigt hat, muss man international allein wegen ihres Standorts mindestens zwanzig Kraftwerke als besonders riskant ansehen.⁷ Zu ihnen zählt dasjenige von Buschehr, das inzwischen zu 100 Prozent hochgefahren und ans Stromnetz angeschlossen wurde. Wenn wenigstens diese weitgehend unbekannt Information Eingang in die Kontroverse um das iranische Atomprogramm finden könnte, wäre schon viel gewonnen.⁸ Man könnte sich beispielsweise fragen, warum eine gottesfürchtige Regierung ebenso leichtsinnig mit dem Schicksal ihrer Bürger umgeht wie ihre gottlosen Vorgänger. Man könnte auch fragen, ob die Nuklearunternehmen, die an diesem Standort gebaut haben, Mitverantwortung tragen und zur Rechenschaft zu ziehen sind, falls sich dort ein „Größter Anzunehmender Unfall“ (GAU) infolge eines Erdbebens ereignet.

Zusammengefasst ist das auffällige Desinteresse des Irans an den Fragen der kommerziellen Kernenergieerzeugung ein fünftes Indiz für seine nichtfriedlichen Absichten. Dieses Verhalten ist untypisch für ein Land, das seine Energieversorgung modernisieren möchte. Typisch wäre stattdessen ein Diskurs, in welchem über Wirtschaftswachstum und Wohlstand, aber auch über Umweltschutz und Ökologie gesprochen wird. Gutwillige Kommentatoren wenden ein, dem Iran sei es, gerade weil die Atomenergie ein zweischneidiges Schwert ist und weil sie immer zivil und militärisch genutzt werden kann, so gut wie unmöglich zu beweisen, dass er **keine** militärischen Ziele verfolge. Das Argument ist nicht so überzeugend, wie es auf den ersten Blick scheint. Stünde die Energiewirtschaft im Vordergrund der iranischen Atompolitik, so würde sie deutlich andere Schwerpunkte setzen. Buschehr hätte höchste Priorität statt Natanz und Fordo, und der Umgang mit dem Atommüll wäre wichtiger als die Anreicherung von Uran. Vor allem wäre die konfrontative Außenpolitik des Landes widersinnig und kontraproduktiv. Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, wer diese Konfrontation begonnen hat und aus welchen Motiven das geschah. Bei alledem ist aber klar: Die Industrieländer sind darauf angewiesen, ihre Technologien zu verkaufen. Der Iran ist darauf angewie-

⁶ Siehe Gefährdete AKW. Tickende Zeitbomben. In: Focus online, 23. März 2011. In Internet: http://www.focus.de/wissen/technik/atomkraft/gefaehrdete-akw-tickende-zeitbomben_aid_611294.html ; Weltkarte: Diese AKW liegen in Erdbebengebieten. In: Spiegel online, 21. März 2011. In Internet: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/bild-751896-193759.html>

⁷ Siehe Weltweites Risiko: AKW-Zeitbomben in Erdbebenregionen. In: contrAtom. Informationsnetzwerk gegen Atomenergie, 2. März 2012. In Internet: <http://www.contratome.de/2012/03/02/weltweites-risiko-akw-zeitbomben-in-erdbebenregionen/>

⁸ Anfang 2013 warnte New York Times erstmals vor einem „neuen Tschernobyl“ in Buschehr und berichtete von zunehmender Besorgnis in den Nachbarstaaten am Golf. Unter Berufung auf offizielle iranische Quellen enthält der Artikel eine interessante Angabe: 24% des Equipments von Buschehr seien deutschen Ursprungs. Khosrow B. Semnani und Gary M. Sandquist, The Next Chernobyl? In The New York Times, New York, 2. Januar 2013. In Internet: <http://www.nytimes.com/2013/01/03/opinion/global/the-next-chernobyl.html>

sen, ihre Produkte zu erwerben. Auf dieser Basis wären für Teheran vorteilhafte Kompromisse möglich, wenn es nicht um etwas ganz anderes ginge als um wirtschaftliche Kooperation. Daher ist die unvermindert anhaltende Zuspitzung des Konflikts mit der internationalen nuklearen Community, vertreten durch die IAEA, ein sechstes Indiz.

Schließlich gibt es für die Beurteilung eines beliebigen Atomprogramms ein sicheres und bewährtes Kriterium: Wer ist zuständig, wo sitzen die Entscheider? So ist es in der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung, ob die Kompetenz beim Umweltministerium oder beim Wirtschaftsministerium liegt. Noch bedeutsamer wird dieser Faktor, wenn das Verteidigungsministerium beteiligt ist. Auch im Iran entscheiden Präsident Ahmadinedschad und Staatsoberhaupt Ali Hosseini Khamenei nicht allein, wohin die Reise in die atomare Zukunft führen soll. Auch im Iran gibt es Zusammenkünfte, Gremien, Institutionen, in denen Personen vertreten sind, die unterschiedliche Interessen repräsentieren. Obwohl die Entscheidungswege von Außenstehenden nur schwer durchschaut werden können, sind sich alle Beobachter darin einig, dass die Revolutionsgarden in diesen Strukturen eine Hauptrolle spielen. Auch von iranischer Seite wird das nicht bestritten. Die Revolutionsgarden sind die politisch-militärische Elite des Regimes. Ihre einflussreichsten Vertreter besetzen die Schlüsselpositionen in der Atom-, Sicherheits- und Außenpolitik, und meist sind es dieselben Namen, die in diesen drei Sektoren mal die eine, mal die andere Führungsrolle wahrnehmen. Wirtschafts- und Energiepolitiker oder gar Umweltpolitiker sind nicht darunter. Das ist das siebte Indiz.

Indizien sind mehr als Mutmaßungen oder Verdächtigungen, aber sie sind streng genommen keine Beweise. Allerdings kommt man nie weiter als bis zu Indizien, wenn man Proliferation untersucht. Angesichts der allgemeinen Geheimniskrämerei auf dem Nuklearsektor hat es sich eingebürgert, dass es letztlich nur einen Beweis dafür gibt, dass ein Land Atomwaffen besitzt: Ein „smoking gun“, d.h. die erfolgreiche Durchführung eines Atomtests. Wenn man diese Sicherheit der Beweisführung erreicht hat, ist es jedoch zu spät, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu stoppen. Wer sie rechtzeitig bekämpfen und verhindern will, darf nicht warten, bis man die letzte Gewissheit gewonnen hat.

Häufig ziehen sich die Medien auf die bequeme Formel zurück: „Der Westen verdächtigt den Iran, insgeheim ein militärisches Programm zu verfolgen. Der Iran weist dies als Unterstellung zurück.“ Die vermeintliche Objektivität der Berichterstattung dient als Entschuldigung dafür, dass man nicht recherchiert, fragt, prüft und schließlich sich auch festlegt. Man muss am Ende einen Strich ziehen und nach bestem Wissen und Gewissen bilanzieren: Das iranische Nuklearprogramm ist auf dem Stand, den es erreicht hat, zu 80 Prozent militärisch bestimmt. Der militärische Motor, der es vorantreibt, ist ungefähr viermal so stark wie die zivilen Antriebe.